Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

Für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 64 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis

Für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 270. Sonntag 29. September 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser hat dem Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg anläßlich seines 60jährigen preußischen Militärdienstjubiläums zum Generaloberst ernannt. (S. Tischs R.)

* Die Leiche des Großherzogs von Baden wird voraussichtlich am Dienstag von der Mainau nach Karlsruhe übergeführt werden. (S. d. Art.)

* Das Urteil im Beleidigungsprozeß Roeren wider Schmidt lautet gegen Schmidt wegen öffentlicher Beleidigung Roerens auf 100 M Geldstrafe, event. 10 Tage Gefängnis. (S. Letzte Tep.)

* Nachdem Herr v. Iswolski nach Wien zurückgekehrt war, ist eine volle Verständigung in seinen Konferenzen mit Herrn von Aehrenthal zustande gekommen. Großfürst Wladimir ist in Wien angekommen. (S. Ausl.)

* In Norwegen hat ein Wechsel im Ministerium stattgefunden. (S. Ausl.)

* Auf Celebes erstürmten die Holländer eine Festung. (S. Ausl.)

Großherzog Friedrich II. von Baden.

Es mag nicht leicht sein, einem Fürsten auf dem Throne zu folgen, der nicht nur von so ausgesprochener Eigenart gewesen ist, wie Großherzog Friedrich, sondern der sich auch gerade durch diese seine Eigenart die Verehrung und Liebe seines Volkes in beispiellosem Maße erworben hatte. Da läuft der neue Regent auf Schritt und Tritt Gefahr, daß sein Auftreten und seine Regierungshandlungen überall im Spiegel des vorangegangenen betrachtet und — unterschätzt werde. In dieser Lage befindet sich der neue badische Großherzog.

Aus diesem Grunde ist es vielleicht für den neuen Großherzog selbst gut gewesen, daß seine verhältnismäßig lange Thronfolgezeit ihm ermöglicht hat, die mannigfachsten persönlichen Beziehungen im Lande anzuknüpfen und zu pflegen. Denn Großherzog Friedrich II. hat bereits am 9. Juli d. J. sein 50. Lebensjahr vollendet. Dabei ist er eigentlich nach außen bisher nie in irgendwie bemerkenswerter Weise hervorgetreten, ganz im Unterschied etwa zum bayrischen Thronfolger, von dem man sich gewöhnt hat, alle paar Jahre mal ein besonders markantes politisches Wort zu hören. Das mag zum Teil mit der gerade in den letzten Jahren öfters schwankenden Gesundheit des bisherigen Erbgroßherzogs zusammengehangen haben; zum Teil aber ist es wohl auch absichtliche Zurückhaltung gewesen.

Nichtsdestoweniger hat auch Großherzog Friedrich II. in der Stille die Fäden persönlicher Beziehungen bereits gesponnen. Die Söhne des Großherzogs, Friedrich und der im Jünglingsalter verstorbene Ludwig, sind weder durch Privatlehrer allein unterrichtet worden, noch haben sie eine öffentliche Schule besucht. Der Großherzog hat vielmehr eine Klasse von gleichaltrigen Knaben gebildet, die, zumeist bürgerlichen Beamtenfamilien entstammend, mit den jungen Prinzen zusammen unterrichtet wurden. So hat sich um die jungen Prinzen und ihre Kameraden ein weit intimeres Band geschlungen, als das bei dem Besuch einer öffentlichen Schule denkbar gewesen wäre. So ist der künftige Landesherr durch seine Kameraden und deren Familien von Jugend auf in das bürgerliche Leben des badischen Volkes hineingewachsen. Auf diesem Grunde hat Erbgroßherzog Friedrich denn auch tatsächlich weiter gebaut: sowohl in Freiburg, das sich immer mehr zur südlichen Hauptstadt Badens ausgewachsen hat und wo Erbgroßherzog Friedrich lange Jahre, zuerst als Regiments-, dann als Brigade- und schließlich als Divisionskommandeur seinen Hof gehalten hat, wie besonders in dem letzten halben Jahrzehnt, als er nach seinem Austritt aus dem aktiven Militärdienst seinen ständigen Wohnsitz in Karlsruhe genommen hatte.

Zwischen Freiburg und Karlsruhe hat Großherzog Friedrich einige wenige Jahre außer Landes, als Kommandeur des VIII. Armeekorps, in Koblenz zugebracht. Er hat somit die eigentliche militärische Laufbahn vollständig durchgemacht. Trotzdem ist Großherzog Friedrich nicht das, was man eine militärische Natur nennt. Er ist es ebensowenig, wie es sein Vater gewesen ist. Wohl hatte der vorige Großherzog die hohe Bedeutung militärischer Disziplin für die Einigung und die nationale Festigung Deutschlands erkannt und ihr immer von neuem, besonders bei Kriegervereinsfesten, beredten Ausdruck gegeben. Insofern wird es auch zwischen Vater und Sohn keinen Unterschied geben. Aber Anlagen und Interessen des einen wie des anderen gehen doch nach einer anderen Richtung. Es war das kulturelle Leben des Volkes selbst, in wirtschaftlicher, besonders aber in geistiger und sittlicher Hinsicht, was den Vater beschäftigt und bewegt hat, und was er in Gesinnungsgemeinschaft mit seinem Volk selbst zu pflegen und zu fördern, als seine Lebensaufgabe angesehen hat.

Dieses aus der Tiefe eines reichen und frommen Gemütes entspringende Verlangen nach einer natürlichen konstitutionellen Wechselwirkung zwischen Fürst und Volk hatte Großherzog Friedrich bereits von seinem Vater Leopold geerbt, den ein anderer deutscher Fürst einmal den einzigen mit Begeisterung konstitutionellen Fürsten seiner Zeit genannt hat. Es spricht alles dafür, daß dieses beste Erbteil deutschen Fürstentums sich vom Großvater über den Vater auch auf den Sohn fortgeerbt hat. Wenn das ursprünglich auf den Geistlichen gemünzte Wort „pectus facit theologum", daß nämlich nicht die rechte Lehre, sondern das warme Gemüt den Geistlichen macht, nach dem Vorgang des alten Großherzogs auch auf den Fürsten sinngemäße Anwendung finden darf, so ist für eine segensreiche Regierungszeit auch des neuen Großherzogs alle Gewähr gegeben. Es verdient dabei hervorgehoben zu werden, daß Großherzog Friedrich II., und hier vielleicht stärker als sein Vater, sich gerade auch seiner süddeutschen Eigenart bewußt ist. Es ist die behaglichere, ungezwungenere und freiere süddeutsche Art, die dem ganzen Empfinden des neuen Großherzogs mehr entspricht als norddeutsche Disziplin und Förmlichkeit.

Die Thronbesteigung des neuen Großherzogs fällt in eine Zeit, die politisch für Baden nicht ganz bedeutungslos ist. Seit dem Abgang des Ministers Schenkel hat die badische Regierung bekanntlich eine schärfere, nicht nur von Fall zu Fall, sondern grundsätzlich abweisende Stellung der Sozialdemokratie gegenüber eingenommen. Es ist fraglos, daß dieser Kurswechsel der Regierung vom damaligen Großherzog ebenso gebilligt wie gedeckt worden ist. Das ist leicht verständlich. Denn die schmerzlichen revolutionären Erinnerungen seiner Jugend haben es dem verstorbenen Großherzog immer besonders schwer gemacht, die Sozialdemokratie objektiv zu würdigen. Er hat darum wohl auch den Unterschied, der in Stimmung und Tonart zwischen der badischen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie im Norden, z. B. in Sachsen, besteht, nicht in Anschlag gebracht. Aber auch vom neuen Großherzog ist bekannt, daß er jedenfalls das Stichwahlabkommen der Liberalen mit Sozialdemokraten entschieden gemißbilligt hat. Nur bleibt abzuwarten, ob er nicht leichter als sein Vater sich zu einer Wiederaufnahme der früheren Art der Behandlung der Sozialdemokratie verstehen wird, wenn, wie es den sicheren Anschein hat, die politischen Parteien in der Zurückweisung des neuen Regierungskurses einig bleiben werden. Daß die Bayern, wie der Fall Roßhaupter zeigt, auch jetzt noch ihre alte Praxis beibehalten haben, wird auch in Baden eine nachträgliche Umkehr wesentlich erleichtern. Im großen und ganzen freilich dürfte es so liegen, daß der neue Großherzog konservativeren Neigungen huldigt als sein Vater. Allein damit ist keineswegs gesagt, daß auch der Kurs der Regierung dem folgen wird. Das würde dem starken Zug des badischen Volkes zum Liberalismus widersprechen.

Leider ist die Ehe des jetzigen Großherzogs kinderlos geblieben. Der nunmehrige Thronfolger, Prinz Max, ist ein jüngerer Vetter des Großherzogs. Seit dem 20. September 1885 ist Großherzog Friedrich mit der nassauischen Prinzessin Hilda, der einzigen Schwester des gegenwärtigen Großherzogs von Luxemburg, vermählt. Auch sie, die jetzige Großherzogin, ist ebenso wie ihr Gemahl, bisher nach außen nur wenig hervorgetreten. Der badische Frauenverein, in dem sich die alte Großherzogin in 50 Jahren ein unvergleichliches Feld segensreicher Liebestätigkeit geschaffen hat, wird auch künftig noch auf deren Fürsorge im wesentlichen angewiesen bleiben; und nur allmählich wird die neue Großherzogin in diese ihr als Landesfürstin zufallende Aufgabe hineinwachsen können. Aber, wie ihr Gemahl, mit dem sie in glücklichster Ehe vereinigt ist, erfreut auch sie sich bei allen, die sie näher kennen, der herzlichsten Zuneigung und Liebe. So bricht durch allen Schmerz um den Verlust eines der edelsten Fürsten, die je gelebt haben, doch die Hoffnung durch, daß auch unter dem neuen Herrscher das badische Volk mit seinem Fürstenhause so innerlich und innig verbunden bleiben wird, wie es das unter dem Vater und Großvater, unter Großherzog Friedrich und Großherzog Leopold gewöhnt gewesen ist.

*

Zum Tode des Großherzogs Friedrich I. von Baden liegen noch folgende telegraphische Meldungen vor:

Am Sterbelager.

* **Mainau**, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Morgens ½8 Uhr wurde von den behandelnden Aerzten folgender Krankheitsbericht ausgegeben: Der Großherzog hat die letzte Nacht im gleichen Schlummerzustand verbracht, wie den gestrigen Tag. Die Atmung war oft oberflächlich und leise, oft tief und keuchend, aber unzulänglich; letzteres gilt auch von der unregelmäßig und schwach gewordenen Herztätigkeit. Das Bewußtsein ist nicht wiedergekehrt. Der Großherzog leidet also nicht unter seinem bedauernswerten Zustand. Eine Nahrungsaufnahme hat seit gestern früh nicht mehr stattfinden können. — Die Anzeichen der beginnenden Auflösung des verewigten Großherzogs machten sich kurz vor acht Uhr bemerkbar. Die großherzogliche Familie, mit Ausnahme der hochbetagten Prinzessin Wilhelm, betrat das Sterbezimmer. In einem Nebengemach versammelten sich die Minister von Dusch und Freiherr von Marschall, die Adjutanten und die persönliche Bedienung. Der Präsident des Oberkirchenrats Dr. Helbing trat zu Häupten des Bettes und sprach einige Bibelworte. Während herrlicher Sonnenschein das Nebenzimmer durchleuchtete, hauchte Friedrich von Baden seine Seele aus. Ein Kruzifix steht auf dem Tisch, Blumen sind über die Bettdecke gestreut. Das Antlitz zeigt tiefen Frieden. Sonntag findet die Einbalsamierung statt durch die Aerzte, die den Großherzog in seiner Krankheit behandelt haben; dann erfolgt die feierliche Aufbahrung in der Schloßkapelle. Die Ueberführung der Leiche des Großherzogs wird voraussichtlich am Dienstag, mittags 12 Uhr, zu Schiff nach Konstanz erfolgen, wo sie um 2 Uhr eintrifft; von dort soll ein Sonderzug die Leiche nach Karlsruhe bringen, so daß sie um 6 Uhr in Karlsruhe eintreffen dürfte.

2. Beileidskundgebungen.

* **München**, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Prinzregent hat sofort nach Eintreffen der Todesnachricht des Großherzogs von Baden an die Großherzogin, den Deutschen Kaiser, den neuen Großherzog und an die Kronprinzessin von Schweden Beileidstelegramme gesandt und mit der Vertretung bei den Leichenfeierlichkeiten Prinz Ludwig von Bayern betraut. — Am Schluß der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten gedachte Präsident Dr. Orterer des Ablebens des Großherzogs von Baden. Die Geschichte des Vaterlandes werde dauernd verzeichnen, welch hohe Verdienste der heimgegangene Inhaber des Thrones der Zähringer sich in großer Zeit erwarb, als er mit Aufopferung und Treue an dem großen Kampfe sich beteiligte, den wir für die Freiheit des Vaterlandes kämpften. Es wird ihm unvergessen bleiben, daß er bei der Einigung des Deutschen Reiches an hervorragender Stelle stand. Alle nehmen innigen Anteil an der Trauer des freundnachbarlichen Staates. Das Haus erhob sich von den Sitzen. (S. Weiteres 3. Seite.)

Reichspolitische Pläne.

Die Erörterungen über die nächsten reichsparlamentarischen Aufgaben sind zwar während der ganzen sommerlichen Pause fortgesponnen worden. Gegenwärtig aber werden sie mit einem Eifer betrieben, als stände die Eröffnung des Reichstages unmittelbar bevor. Trotzdem ist immer noch nicht recht zu sehen, was geschehen und was unterlassen werden soll. So ist zum Beispiel schon vor Wochen offiziös angedeutet worden, daß mit Rücksicht auf den Block die Sanierung der Reichsfinanzmisere noch um ein Jahr zurückgestellt werden soll. Aber das scheint inzwischen vergessen oder geändert worden zu sein. Wenigstens beteiligen sich gerade an der Diskussion über diese Materie Politiker, die man für wohl orientiert zu halten sich gewöhnt hat. Unter ihnen ragt der Freiherr v. Zedlitz und Neukirch hervor, der Exzellenzhandlungspräsident und Vater des Widerstandes in der Mittellandkanalfrage, der sich zwar zurzeit nur auf ein Mandat zum preußischen Abgeordnetenhause berufen kann, aber auch als Amateurreichspolitiker bekanntermaßen nicht ohne Einfluß ist. Auf die Auslassungen des freiherrlichen Autors einzugehen, liegt für uns nur aus einem Grunde Veranlassung vor. Und dieser Grund ist die doch recht bedeutsame Erscheinung, daß Frhr. v. Zedlitz, der Freikonservative, sich für direkte Reichssteuern ausspricht. Das ist ein Wandel in den Anschauungen, dem politische Bedeutung zugesprochen werden muß, wenn man sich des hartnäckigen Widerstandes erinnert, der von konservativer Seite bisher stets allen liberalen Anregungen auf Ausbau des direkten Reichssteuersystems entgegengesetzt worden ist. Nicht einmal vor einer Reichseinkommensteuer scheint der preußische Politiker zurückzuschrecken. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dies Entgegenkommen der Besorgnis entspringt, der sogenannten Branntweinliebesgabe möchte sonst doch noch seliges Ende bereitet werden. Man denkt sich also wohl das Eingehen auf die liberalen Wünsche als Kompensation. Sollte vielleicht diese do ut des-Politik eine Frucht der Norderney-Gespräche sein?

In Erwägung der tatsächlichen Verhältnisse ist es übrigens nicht recht verständlich, daß man die Sanierung der Reichsfinanzen noch um ein Jahr hinauszuschieben gedenken sollte. Der Fehlbetrag, den wir schon vor etwa fünf Monaten auf 80 Millionen schätzten, ist durch die inzwischen immer drängender gewordenen Flottenneuforderungen und die Gehaltsregulierungen auf mehr als 100 Millionen gestiegen. Und es ist bei dem hohen Diskont schwer möglich, auf dem Wege der Anleihe diesen Bedarf zu decken, ohne ganz erhebliche Opfer zu bringen. Der Stand unserer Reichsanleihen spricht da doch eine zu deutliche Sprache. Es kommt hinzu, daß das nächste Jahr voraussichtlich eine wahre Hochflut von Anleihen bringen wird. Denn die hohen Diskontsätze haben die Staaten, Kommunen und anderen Verbände veranlaßt, ihre Anleihebedürfnisse vorläufig auf andere Weise zu befriedigen, dringende Arbeiten zurückzustellen, um billigere Zeiten abzuwarten. Auf diese hofft man aber immer noch vergebens. Es wäre also nicht ohne Grund, wenn die Reichsbehörden sich vor neuen Anleihen scheuen sollten. Dann aber bliebe einfach nichts anderes übrig, als die neue Reichsfinanzreform schon in diesem Sessionsabschnitt zu erledigen. Ueber die Möglichkeiten zur Befriedigung des Reichsbedarfs haben wir uns wiederholt ausgelassen und meinen auch heute noch, daß es bei Ergänzung der Reichserbschaftssteuer durch Ausdehnung der Steuer auf Deszendenten und Ehegatten bei großen Vermögen, bei Einführung einer Reichseinkommensteuer für Einkommen von etwa 10 000 M an, durch allmähliche Abschaffung der Branntweinliebesgabe gelingen müßte, ohne neue indirekte Steuern, insbesondere ohne die unzweifelhaft geplante Zigarrensteuer, auszukommen. Was die Zigarrensteuerpläne anbetrifft, so wissen wir, daß noch während der letzten Wochen der Tagung des Reichstages die Pourparlers mit den einzelnen Bundesstaaten, in unverbindlicher Form, eingeleitet worden sind, wissen ferner, daß in Bundesratskreisen die Stimmung für diese neue Steuer nicht ungünstig war. Das ist so zu verstehen, daß eine große Anzahl Bundesstaaten eine an sich begreifliche Abneigung gegen die Einführung einer Reichseinkommensteuer hat und mit der Zigarrensteuer um diese Konkurrenz auf dem Gebiete der direkten Steuern herumzukommen hofft.

Es ist auch bemerkenswert, daß die Zentrumspolitiker anscheinend ernsthaft mit der Lösung der Reichsfinanzfrage in dem bevorstehenden Sessionsabschnitt rechnen. Sowohl Herr Spahn wie Herr Erzberger und die Tuntenhausener Zentrumsgrößen setzen eine neue Reichsfinanzreform als sicher voraus. Nun weiß man freilich, daß das Zentrum auf die Finanzfrage recht erhebliche Hoffnungen setzt. Wegen der von ihm erhofften und auch wirklich drohenden Gefährdung des Blockes. Aber der Zwang ist eben größer als die Scheu, dem Zentrum einen unbeabsichtigten Gefallen zu tun. Im übrigen ist es gut, daß auch innerhalb des Zentrums keine Klarheit und Einigkeit über die einzuschlagende Taktik herrscht. Während Herr Spahn und die Magnaten sich abmühen, die Versöhnlichkeit des Zentrums und seine nationale Gesinnung zu demonstrieren, spielt Herr Erzberger immer noch den unversöhnlichen Volkshelden, verschmäht dabei auch nicht, in Künsten ärgster Demagogie zu glänzen. Er stellt zum Beispiel die Behauptung auf, die sogenannte lex Trimborn, nämlich die Witwen- und Waisenversorgung aus den Zollüberschüssen, sei durch den Block gefährdet. Wobei er verschweigt, daß die Fondssammlung für diesen Zweck überhaupt noch nicht hat in Funktion treten können, woran der Sündenblock wirklich unschuldig ist. Aber Herr Erzberger verhilft mit seinem Wüten den Blockelementen wie der Regierung zur besseren Einsicht dessen, was auf dem Spiele steht. Das ist eine anerkennenswerte Leistung. Auch sein Schimpfen ist im gleichen Sinne wirkungsvoll. Denn wenn er dem Freisinn vorwirft, er habe dem Fürsten Bülow in Norderney „die Hand geleckt", so vergißt er dabei, daß doch auch die Konservativen „die Bußfahrt" nach Norderney unternommen haben. Der Ausdruck seiner Hochachtung vor der konservativen Mannhaftigkeit (im Gegensatz zu der angeblichen Würdelosigkeit des Liberalismus) ist also doch zu deutlich eine Zweckübung und zu unlogisch, um die Konservativen zum Umfall auf die Seite des Zentrums zu veranlassen — wenn sie nicht aus anderen Gründen dazu geeignet sein sollten.

Wo man heute anklopft, in Bundesratskreisen wie bei anderen Reichsfunktionären, überall findet man die Auffassung, daß die innerpolitische Lage unklar sei. Und gerade dieser letzte Punkt will uns gar nicht gefallen. Es ist schwer, sich zurecht zu finden und noch schwerer, wohlüberlegten Verdächtigungen der Reichspolitik entgegenzutreten, weil man nicht weiß, was die Regierung beabsichtigt. Die nächste Forderung ist deshalb: Klarheit. Einmal müssen auch die Norderneyer Ferientage zu Ende gehen. Das Reich fordert sein Recht.

SLUB
Wir führen Wissen.